

Finanzamt Viersen  
 Veranlagungsbezirk 003  
 IdNr. Ehemann 84 062 327 193  
 IdNr. Ehefrau 74 062 189 130  
 Steuernummer 102/2094/5867  
 (Bitte bei Rückfragen angeben)

41751 Viersen  
 Eindhovener Str. 71  
 Telefon 02162/955-142094  
 Telefax 0800 10092675102

27.06.2017

Finanzamt, Postfach 110263, 41726 Viersen

## Bescheid

für 2016 über  
 Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag,  
 Kirchensteuer  
 und über die gesonderten Feststellungen  
 von Besteuerungsgrundlagen,  
 die im Zusammenhang mit der  
 Einkommensteuerfestsetzung  
 durchzuführen sind

Herrn Michael Gottschalk  
 Frau Jasmin Gottschalk  
 Bernhard-Hüßers-Str. 11  
 47877 Willich

### Festsetzung

Art der Festsetzung  
 Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

### Festsetzung

	Einkommen- steuer €	ev Kirchen- steuer Ehefrau €	rk Kirchen- steuer Ehemann €	Solida- ritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	30.411,00	1.163,30	1.163,29	1.421,80	
Abzug vom Lohn des Ehemanns	-27.678,00	-984,34	-984,32	-1.203,07	
Abzug vom Lohn der Ehefrau	-3.364,00	-151,32	-151,38	-184,97	
verbleibende Beträge	-631,00	27,64	27,59	33,76	-542,01
<b>Abrechnung in €</b> nach dem Stand vom 20.06.17 abzurechnen sind	-631,00	27,64	27,59	33,76	-542,01
bereits gezahlt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
demnach zuwenig gezahlt	0,00	27,64	27,59	33,76	88,99
<b>zuviel gezahlt</b>	<b>631,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>631,00</b>
Ausgleich durch Verrechnung	88,99	-27,64	-27,59	-33,76	
<b>bleiben zuviel gezahlt</b>	<b>542,01</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>542,01</b>

Das Guthaben von 542,01 € wird erstattet auf das Konto mit der IBAN DE79 3205 0000 0002 3154 71 bei Sparkasse Krefeld (BIC: SPKRDE33XXX).

### Gesonderte Feststellung nach § 10a Abs. 4 EStG

Über die Altersvorsorgezulage hinausgehende Steuerermäßigung. . . € 96,00

Ehemann

Anbieter-Nr.      Zertifizierungs-Nr.      Vertrags-Nr.

204000343                      3964                      0000034264429                      96,00

\*\*\*\*\* Fortsetzung siehe Seite 2 \*\*\*\*\*

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:  
 BBk Düsseldorf  
 IBAN DE72 3000 0000 0030 0015 32      BIC MARKDEF1300

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im Internet unter [www.finanzverwaltung.nrw.de](http://www.finanzverwaltung.nrw.de)

>>> WinGF <<< \*33.683\*

# Besteuerungsgrundlagen

## Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	Ehemann €	Ehefrau €	Insgesamt €
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit			
Bruttoarbeitslohn	116.022	18.804	
ab			
Arbeitnehmer-Pauschbetrag	-1.000		
Werbungskosten			
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
Entfernungspauschale (Ehefrau) für 133 Tage			
Wege mit PKW (Ehefrau)			
133 Tage x 28 km x 0,30 EUR	1.117,20		
Entfernungspauschale	1.118		
insgesamt	115.022	-1.118	
Einkünfte	115.022	17.686	
Summe der Einkünfte	115.022	17.686	132.708
Gesamtbetrag der Einkünfte	115.022	17.686	132.708
Sonderausgaben			
ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben			
Summe der Altersvorsorgeaufwendungen		17.432	
davon 82 %		14.295	
abzüglich Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung		-8.716	
verbleiben		5.579	5.579
Beiträge zur Krankenversicherung			
- Ehemann	7.933		
- Ehefrau	1.561		
Summe Krankenversicherungsbeiträge	9.494	9.494	
ab Kürzungsbetrag nach			
§ 10 Abs. 1 Nr. 3 Buchst. a S. 4 EStG		-230	
verbleiben		9.264	
Beiträge zur Pflegeversicherung			
- Ehemann	1.195		
- Ehefrau	221		
Summe Pflegeversicherungsbeiträge	1.416	1.416	
Summe der Beiträge nach § 10 Abs. 1 Nr. 3 EStG		10.680	
ab steuerfreie Arbeitgebererstattung		-4.309	
verbleiben		6.371	6.371
Summe der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen		11.950	-11.950
ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben			
gezahlte Kirchensteuer	2.272		
ab erstattete Kirchensteuer	-177		
Kirchensteuer		2.095	
Kinderbetreuungskosten		2.418	
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben			-4.513
Altersvorsorgebeiträge	1.947		
dazu Altersvorsorgezulage	754		
Summe		2.701	
davon abziehbar		2.100	-2.100
Einkommen			114.145
ab			
Freibeträge für das am 15.04.2012 geborene Kind			-7.248
Freibeträge für das am 7.11.2013 geborene Kind			-7.248
zu versteuerndes Einkommen			99.649
Berechnung der Einkommensteuer			
zu versteuern nach dem Splittingtarif	99.649		25.130
tarifliche Einkommensteuer			25.130
Ermäßigung für Handwerkerleistungen		33	-33
verbleiben			25.097
dazu Altersvorsorgezulage			754
dazu Kindergeld oder vergleichbare Leistungen			4.560
festzusetzende Einkommensteuer			30.411

## Berechnung der Kirchensteuer

€

zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung		
von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 14.496 €	99.649	
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter		
Berücksichtigung der Steuerermäßigungen und		
Hinzurechnung der Altersvorsorgezulage ergibt		25.851
Bemessungsgrundlage		25.851
auf den kirchenangehörigen Ehemann entfallen		12.925
davon 9 v.H. römisch-katholische Kirchensteuer		1.163,29
auf die kirchenangehörige Ehefrau entfallen		12.926
davon 9 v.H. evangelische Kirchensteuer		1.163,30



Bescheid für 2016 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer  
 und über die gesonderten Feststellungen von Besteuerungsgrundlagen,  
 die im Zusammenhang mit der Einkommensteuerfestsetzung durchzuführen sind vom 27.06.2017

Übertrag:

davon 9 v.H. evangelische Kirchensteuer . . . . . 1.163,30

**Berechnung des Solidaritätszuschlags**

€

zu versteuerndes Einkommen unter Berücksichtigung	
von Freibeträgen für 2 Kind(er) i.H.v. 14.496 € . . . . .	99.649
darauf entfallende Einkommensteuer, die sich unter	
Berücksichtigung der Steuerermäßigungen und	
Hinzurechnung der Altersvorsorgezulage ergibt. . . . .	25.851
Bemessungsgrundlage . . . . .	25.851
davon 5,5 v.H. Solidaritätszuschlag . . . . .	1.421,80

**Steuerbelastung**

Ihre Einkommensteuerbelastung ( 25.130,00 €) bezogen auf das  
 zu versteuernde Einkommen ( 99.649 €) beträgt 25,22 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der  
 Gesamtbetrag der Einkünfte ( 132.708 €) um abziehbare Aufwendungen  
 (z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 33.059 € gemindert.



## Erläuterungen

Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Anstelle der anzuerkennenden Werbungskosten des Ehemannes ist der höhere Arbeitnehmer-Pauschbetrag abgezogen worden.

Der Höchstbetrag für sonstige Vorsorgeaufwendungen wurde bereits durch die Berücksichtigung Ihrer Beiträge zur Krankenversicherung (Basisabsicherung) und zur gesetzlichen Pflegeversicherung ausgeschöpft; ein darüber hinausgehender Abzug von sonstigen Vorsorgeaufwendungen ist daher nicht möglich.

Falls Sie beabsichtigen, gegen diesen Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen oder einen Antrag auf schlichte Änderung zu stellen, sollten Sie die Belege zu Ihrer Steuererklärung, die zu dieser Steuerfestsetzung geführt hat, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- bzw. Änderungsverfahrens aufbewahren. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO), sollten die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahrt werden. Belege, die für mehrere Jahre von Bedeutung sind (z.B. ärztliche Atteste), sollten entsprechend länger aufbewahrt werden. Aufbewahrungspflichten nach § 147 AO oder anderen gesetzlichen Vorschriften bleiben unberührt.

Für das am 15.04.2012 geborene Kind wurden das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen mit 2.280 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld) angesetzt.

Für das am 07.11.2013 geborene Kind wurden das Kindergeld oder vergleichbare Leistungen mit 2.280 € (gesetzlicher Anspruch auf Kindergeld) angesetzt.

Kinderbetreuungskosten können im Rahmen der gesetzlichen Höchstbeträge nur mit 2/3 der Aufwendungen, höchstens mit 4.000 € je Kind und Kalenderjahr, berücksichtigt werden.

Für 2 Kind(er) wurde ein Freibetrag für Kinder gem. § 32 Abs. 6 EStG berücksichtigt. Das entsprechende Kindergeld/der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen wurden - auch soweit lediglich ein zivilrechtlicher Ausgleichsanspruch bei der Bemessung der Unterhaltsverpflichtung nach § 1612b BGB besteht - insoweit bei der Ermittlung der festzusetzenden Einkommensteuer hinzugerechnet (§ 31 EStG). Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage für den Solidaritätszuschlag und ggf. die Kirchensteuer sowie bei der Überprüfung der Einkommensgrenze für die Arbeitnehmer-Sparzulage (§ 51a Abs. 2 EStG) wurde dagegen das Kindergeld/der Anspruch auf Kindergeld bzw. vergleichbare Leistungen nicht hinzugerechnet.

Es wurden Kinderbetreuungskosten als Sonderausgaben abgezogen. Knüpfen außersteuerliche Rechtsnormen (z. B. BAföG) an bestimmte definierte Begriffe an (z. B. "Einkünfte", "Summe der Einkünfte" und "Gesamtbetrag der Einkünfte"), sind die entsprechenden Werte für diese Zwecke um die Kinderbetreuungskosten in Höhe von 2.418 € zu mindern.

Fragen zur Festsetzung der evangelischen Kirchensteuer / des evangelischen Kirchgeldes können Sie unter der Telefon-Nr. 0800-0001034 an die Gemeinsame Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland richten.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG
- der Höhe des Grundfreibetrags (§ 32a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 EStG)
- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der beschränkten Abziehbarkeit der Vorsorgeaufwendungen im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3a EStG
- der Berücksichtigung von Beiträgen zu Versicherungen gegen Arbeitslosigkeit im Rahmen eines negativen Progressionsvorbehalts (§ 32b EStG)
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995
- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG

vorläufig.

Die Festsetzung der Kirchensteuer ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich

- der Höhe der kindbezogenen Freibeträge nach § 32 Abs. 6 Sätze 1 und 2 EStG

vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.



Bescheid für 2016 über Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kirchensteuer und über die gesonderten Feststellungen von Besteuerungsgrundlagen, die im Zusammenhang mit der Einkommensteuerfestsetzung durchzuführen sind vom 27.06.2017

#### Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer, des Solidaritätszuschlags und die Feststellung der Steuerermäßigung nach § 10 a Abs. 4 EStG können mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Gegen die Festsetzung der Kirchensteuer ist der Einspruch gegeben. Der Einspruch ist beim Bischöflichen Generalvikariat Aachen, Klosterplatz 7, 52062 Aachen, [bistum.aachen@bistum-aachen.de](mailto:bistum.aachen@bistum-aachen.de) bzw. bei der Gemeinsamen Kirchensteuerstelle beim Landeskirchenamt, Hans-Böckler-Str. 7, 40476 Düsseldorf, [Gem.KistStelle@ekir-lka.de](mailto:Gem.KistStelle@ekir-lka.de) schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder dort zur Niederschrift zu erklären.

Die Festsetzung der Kirchensteuer kann nicht mit der Begründung angefochten werden, dass die der Berechnung zugrunde gelegte Einkommensteuer unzutreffend sei. Dieser Einwand kann nur gegen die Festsetzung der Einkommensteuer geltend gemacht werden.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über das ElsterOnlinePortal ([www.elsteronline.de](http://www.elsteronline.de)) zu übermitteln.

#### weitere Informationen

##### Öffnungszeiten:

Sprechzeiten allgemein  
Mo - Fr 7:30 bis 12:00 Uhr;  
Di auch 13:30 bis 15:00 Uhr  
und nach Vereinbarung

Zentrale Annahme-/Infostelle  
01.11.-31.05. Mo, Mi-Fr 7:30-  
12:00 Uhr; Di 07:30 - 17:00  
01.06.-31.10. Mo, Mi-Fr 7:30-  
12:00 Uhr; Di 07:30 - 16:00

##### Nahverkehrsanbindung:

Linien 067; 074; 085 bis Haltestelle Herz-Jesu-Kirche

